

BERLIN

DOKUMENTATION

Verbotene Gegenwart

Besucher der Westberliner Kongreßhalle können sich seit knapp zwei Wochen in einer Ausstellung davon überzeugen, daß „das Verbrechen an den Juden Inbegriff für das schreckliche Erbe des Nazismus (bleibt), mit dem wir Deutschen fertig werden müssen“. Reiches Anschauungsmaterial soll diese These der Ausstellung „Die Vergangenheit mahnt“ illustrieren. Es reicht von den Zeiten des alttestamentlichen Volkes Israel bis zur nationalsozialistischen „Endlösung der Judenfrage“.

Die vom Westberliner „Telegraf“ als „Dokumentarschau sondergleichen“ gerühmte Ausstellung leidet jedoch an einem Schönheitsfehler, der beweist, daß tagespolitische Rücksichten bei der Überwindung der Nazi-Vergangenheit durchaus hinderlich sein können.

Vergeblich fahndet nämlich der Besucher nach einer im Ausstellungskatalog erwähnten Eingangstafel, die ihn mit der unbewältigten Vergangenheit „im Spiegel der Presse“ vertraut machen sollte: Im Auftrag des Westberliner Senats hatte ein Zensor die Presse-Ausschnitte — Berichte über die Fälle Oberländer und Globke — entfernt.

Das Recht, diese besonders aktuell an die Vergangenheit mahnende Tafel zu löschen, leitete die zensurfreudige Obrigkeit aus einer Vereinbarung ab, die das Zustandekommen der Ausstellung erst ermöglicht hatte.

Fast zwei Jahre lang hatten nämlich die Aussteller Hanno Kremer, Erik Nohara und Gerhard Schoenberger ihren — nach einem Besuch in Auschwitz — gefaßten Plan nicht ausführen können, die Nachkriegs-Westdeutschen historischen und aktuellen Dokumenten



Eröffnungsredner Reif Bonn zahlte ...

antisemitischen Ungeistes zu konfrontieren. Es fehlte an Geld. Zwar hatte sich die Berliner Lotto-Zentrale spendabel gezeigt; ihr Beitrag reichte aber nicht aus, die Unkosten in Höhe von 140 000 Mark zu decken.

Erst als sich die Berliner Sektion der Internationalen Liga für Menschenrechte der Sache annahm, gewann das Unternehmen organisatorisch Gestalt. Als wohlhabender Spender wurde die „Bundeszentrale für Heimatdienst“ gewonnen, die allerdings verlangte, daß eine Westberliner Senatsdienststelle den zweckgebundenen Verbrauch der Bundesmittel kontrollieren müsse.

Diese Auflage kam den Wünschen des Senats entgegen. Schon im Jahre 1956 war von der Westberliner Landes-

regierung beschlossen worden, die wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen, mit denen sich die jüdischen Mitbürger an der Entwicklung der Reichshauptstadt Berlin beteiligt hatten, in einer Ausstellung zu würdigen.

Die beiden Ausstellungsprojekte boten sich jetzt zur Verschmelzung an. Freilich machten die Vertreter des Senats einen Vorbehalt: Man möge es bei der mahnenden Vergangenheit belassen und die Ausstellung ohne jeden demonstrativen Gegenwartsbezug — der sich unschwer an den Namen Oberländer und Globke hätte exemplifizieren lassen — arrangieren:

Die Aussicht auf öffentliche Subventionen bewog die Aussteller, diese Bedingung anzunehmen, obschon sie sich sonst gern als kompromißlose, zornige junge Männer gebärdeten. Insgeheim freilich beschlossen sie, die Finanziere zu überlisten.

So begegneten Bedienstete des Senats, 24 Stunden vor der Eröffnung, der unbewältigten Vergangenheit „im Spiegel der Presse“ — apostrophiert durch die Namen Globke und Oberländer. Erklärten die Ausstellungs-Funktionäre: Die Eingangstafel gehöre nicht zur eigentlichen Ausstellung und sei deswegen von der Vereinbarung ausgenommen. Die Zensoren ließen sich jedoch nicht auf Diskussionen ein. Der „Telegraf“ meldete einen Tag später: „Übrig blieb nur eine leere, schwarze Tafel.“

Der Verstoß gegen die Vereinbarung hatte den Stellvertreter des Berliner „Regierenden“, Bürgermeister Franz Amrehn (CDU), veranlaßt, auf die Eröffnungsrede zu verzichten. Das Premierien-Publikum mußte stattdessen mit Professor Reif (FDP), dem Vizepräsidenten der Berliner Sektion der Internationalen Liga für Menschenrechte, vorliebnehmen.

Reif scheute sich allerdings nicht, das Verhalten des von der SPD geführten Berliner Senats zu kritisieren, der im Hinblick auf die anstehende Gipfelkonferenz wieder einmal im Sinne des Kanzlers und gegen die Parolen der Bonner SPD entschieden hatte. Reif spielte auf die von der Senatszensur entfernten Presseauschnitte über Oberländer und Globke an und rügte, daß der Ausstellung „eindeutig der Bezug zur Gegenwart“ fehle. Das sei jedoch nicht Schuld der Veranstalter, denn mit ihnen wisse er sich einig, „daß man auch dazu Stellung nehmen muß“.

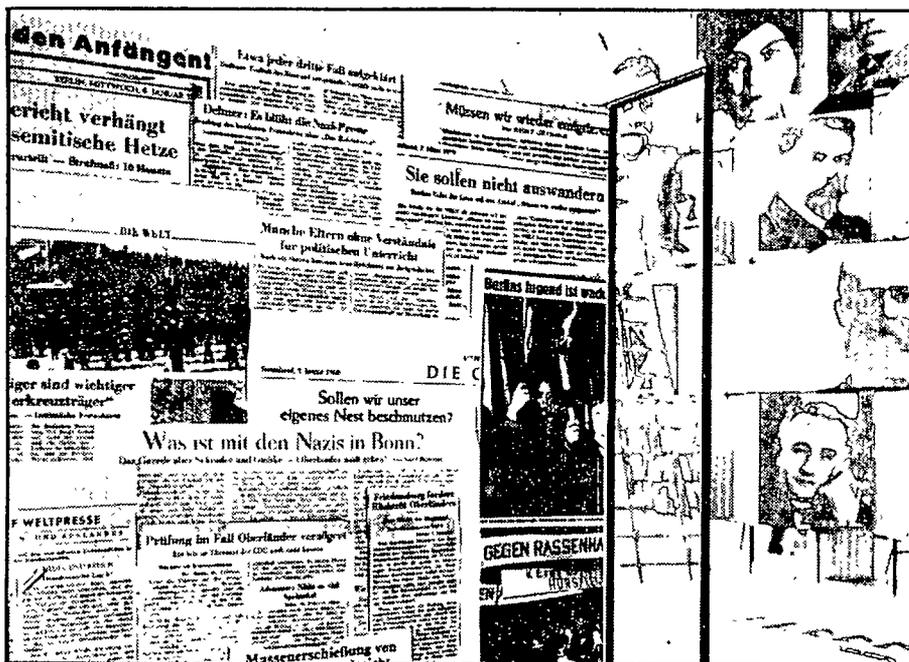
MEMOIREN

WILLY BRANDT

Lebensbericht mit 47

Den Großvater nennt der kleine Herbert „Papa“, denn wer tatsächlich sein Vater ist, hat er nie erfahren. Und der Opa-Papa, bebefester Fabrikarbeiter, bringt dem Jungen sogleich ein solides Klassenbewußtsein bei.

Es war Anfang der zwanziger Jahre in Lübeck, und es wurde gestreikt. „Auf einmal stand der Hunger leibhaftig in der Küche“, erinnert sich Herbert, und sich selbst sieht er in der Er-



... und schickte den Zensor: Beanstandeter Pressespiegel

innerung vor dem vollen Schaufenster einer Bäckerei stehen, vis-à-vis von frischen Brötchen: „Sie waren ihm noch nie so knusprig erschienen. Der Duft, der aus dem Laden drang, machte ihn leicht schwindlig.“

Da kommt ein Direktor vorbei, sieht den hungrigen Blick des Jungen und kauft dem kleinen Herbert zwei Brote. Stolz läuft der Knabe mit seinen Broten in die heimische Küche, aber noch stolzer schickt ihn Opa-Papa mit den Broten wieder zurück: „Wir lassen uns nicht vom Feind bestechen!“ Am allerstolzesten ist nun Herbert. Er berichtet von sich selber: „Wie ein Soldat fühlte er sich, der mit einer Botschaft ins Lager der Feinde geschickt wird.“

Die Geschichte vom allerstolzesten Herbert stammt aus einer Autobiographie, die Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt jetzt, die Krisen-Aktualität der Stadt und die wogende Popularität der eigenen Person nutzend, der europäischen und überseeischen Öffentlichkeit vorgelegt hat — zweieinhalb Jahre nach der Amtsübernahme und eineinhalb Jahre vor den Bundestagswahlen.

Brandts Autobiographie „Mein Weg nach Berlin“* erscheint in diesem Frühjahr gleichzeitig in Deutschland, Amerika, Schweden, Norwegen, Dänemark, Japan, Holland, Italien und Frankreich. Der Münchner Kindler Verlag, der die deutsche Ausgabe besorgt — der Plan zu diesem Buch stammt aus dem New Yorker Verlagshaus Doubleday —, steht gewiß mit seiner Meinung nicht allein: „Das nicht Alltägliche an diesem Buch ist, daß ein siebenundvierzigjähriger Politiker seinen Lebensbericht vorlegt.“

Mindestens ebenso ungewöhnlich ist die Form dieser Autobiographie. Sie hat einen Mitverfasser: Leo Lania — ein aus Rußland stammender, linksgerichteter Journalist —, der nach seinen Angaben zunächst vor Mussolinis Faschismus, später vor Hitlers Nationalsozialismus flüchten mußte und den Berliner Regierenden Bürgermeister erst bei dessen Amerika-Werbetournee im Februar 1959 kennenlernte.

Lania: „Ich wollte schon seit langem eine Geschichte Berlins schreiben, da kam mir jetzt Willy Brandt sehr entgegen. Er ergänzte unvergleichlich mein Bild von dieser unverwelkelt herrlichen Stadt.“ Brandt habe ihm sein Leben erzählt: „Tagaus, tagein zwei Stunden lang, mal früh, mal um Mitternacht.“

So bleibt verborgen, ob die Formulierungen in Brandts „Weg nach Berlin“ von Brandt oder von Lania stammen oder welche Kapitel von diesem, welche von jenem sind. Das Buch ist fast durchweg in der Ich-Form gehalten, mit deutlicher Ausnahme allerdings jener Passagen, die von den Erlebnissen des Knaben Herbert Ernst Karl Frahm handeln.

„Von dem Knaben Herbert Frahm“, so heißt es distanzierend, „habe ich nur eine sehr unklare Erinnerung behalten... Ein undurchsichtiger Schleier hängt über diesen Jahren, grau wie der Nebel über dem Lübecker Hafen. Schattenhaft sind Gestalten und Gesichter, sie tauchen auf, um gleich wieder zu verschwinden, wie Strandgut auf den

Wellen der nordischen See. Es ist schwer für mich, zu glauben, daß der Knabe Herbert Frahm ich selber war.“

Herberts Ahnengeschichte: „Die Mutter war noch sehr jung, eine tüchtige kleine Verkäuferin im Konsumverein. Den Vater hat er (Herbert) nie gekannt, er wußte nicht einmal, wer er war. Und wollte es auch nie wissen. Er trug den Namen der Mutter, vom Vater wurde daheim nie gesprochen.“ Vom häuslichen Leben in der kleinen Lübecker Arbeiterwohnung erfährt der Leser immerhin: Herberts „Herz schlug ganz stark, wenn Großvater neben seinen plattdeutschen Weisen die Kampflieder der Arbeiter sang, die Arbeiter-Marseillaise, den Sozialistenmarsch“.

Der Lebensbericht des SPD-Außen-seiters Brandt, offenbar von Lania formuliert, als ein Mittelding zwischen Schulaufsatz und Zeitungsbericht —

hieß es —, aber dann sollte Norwegen doch als Fundament einer neuen Existenz dienen. Schnell entschied sich der aus Deutschland geflüchtete Brandt, „daß ich kein Emigrant sein wollte... Ich konnte und wollte nicht immer nur nach rückwärts blicken. Ich wollte mich nicht in eine geistige und politische Isolierung begeben... So sehr mich die Sorgen meiner Schicksalsgenossen beschäftigten, erkannte ich doch die Notwendigkeit, so schnell wie möglich Wurzel zu fassen, kein Außenseiter zu sein“.

Auslandsreisen zu Konferenzen und Besprechungen füllten die ersten Emigrationsjahre. 1936 kam Brandt zum zweitenmal nach Berlin, illegal mit einem falschen Paß, und wohnte als norwegischer Student in einem möblierten Zimmer am Kurfürstendamm, Ecke Joachimsthaler Straße: „Ich nannte mich Martin.“



Familie Brandt: Darf ein Politiker heiraten?

„Auch in der Schule nahm ich jede Gelegenheit wahr, eine politische Diskussion zu entfesseln“ —, ist die selbstsichere Rechtfertigung eines Politikers, der vorsorglich dementiert, daß er als strenger Ideologe operiert, und doch gleichzeitig der Partei und den Genossen bestätigt, welche Bedeutung deren Entscheidungen und Beschlüsse auf sein Leben ausüben durften: „Die geheime Zentrale (der SAP) in Berlin bestimmte, daß ich die Leitung des Osloer Büros übernehmen sollte.“ Und: „Nach Absprache mit meinen engen Freunden nannte ich mich Willy Brandt.“

Fast ein Drittel des Buches schildert die Zeit der norwegischen und schwedischen Emigration. In Lübeck konnte der wegen seiner politischen Aktivität belastete Brandt nicht länger bleiben, und „in einer anderen deutschen Stadt unterzutauchen, mußte mir schwerfallen, denn ich hatte keinen Beruf, der mir eine Deckung versprach, und kaum eine Existenzmöglichkeit“.

Der Abschied fiel nicht leicht — „Da war auch ein Mädchen, mit dem ich mich eng verbunden fühlte“, Gertrud

Über seinen fünfmonatigen Aufenthalt im Bürgerkriegsspanien, der ihm von den Kommunisten die Anschuldigung einbrachte, ein Agent Francos und Spion der Gestapo gewesen zu sein, und von dem ehemaligen Berliner Innensenator Fischer (FDP) den Vorwurf, er habe am Bürgerkrieg als „Rot-Front-Kämpfer“ und „Angehöriger der Internationalen Brigade teilgenommen“, schreibt Brandt: „Nun, ich würde mich nicht schämen, wenn ich... mit der Waffe in der Hand verteidigt hätte, was sich mir als die Sache der legalen spanischen Republik und der europäischen Demokratie darstellte. Doch mein Engagement beschränkte sich auf politische und publizistische Tätigkeit und später auf Bemühungen, dem spanischen Volk von Oslo aus humanitäre Hilfe zu leisten.“ Nach der Heimkehr nach Norwegen „wurde ich ein freiheitlicher Sozialist, ein sozialer Demokrat skandinavischer Prägung“.

Bei der Kapitulation der norwegischen Truppen vor den deutschen Invasoren im Jahre 1940 waren es wiederum

* Willy Brandt: „Mein Weg nach Berlin“, aufgezeichnet von Leo Lania; Kindler Verlag, München; 384 Seiten; 18,50 Mark.



Brandt-Biograph Lania
Bild vom unverwelkten Berlin

die politischen Freunde, deren Beschlüsse für Brandt verbindlich wurden. Zunächst war nach Brandts Schilderungen überlegt worden, ob er versuchen sollte, mit Skiern über die Berge ins neutrale Schweden zu entkommen. „Der Plan wurde verworfen. Statt dessen wurde beschlossen, mich in eine norwegische Uniform zu stecken. Als einer unter Tausenden norwegischer Soldaten durfte ich hoffen, als Kriegsgefangener behandelt und vermutlich sogar bald wieder freigelassen zu werden... So warf ich denn meine Ausweispapiere fort und zog die Uniform an. Sie paßte mir nicht besonders, aber an meinem Norwegisch war nichts zu bemängeln.“

Über sein Privatleben gibt Brandt nur spärliche Auskünfte — im publikumswirksamen Ton von Frauenromanen: „Das Jahr 1944 brachte mich an einen Wendepunkt meines Lebens. Meine Ehe zerbrach.“ Brandt hatte 1941 eine Norwegerin mit Vornamen Carlota geheiratet. „Ich machte mir Vorwürfe. Hätte ich überhaupt heiraten dürfen? Politik frißt den Menschen mit Haut und Haaren. Hatte ich da das Recht, eine Frau an mich zu fesseln? ...“

„Wir mußten erkennen, daß wir uns auseinandergelebt hatten... Wir trennten uns ohne Feindschaft. (Tochter) Ninja wuchs bei ihrer Mutter in Oslo auf. Ich habe in all diesen Jahren meine Tochter nicht so oft gesehen, wie ich es eben gewünscht hätte, aber jeden Sommer kommt sie zu uns nach Berlin. Und ich war richtig stolz“ — bekennt Vater Brandt — „als sie vor kurzem als Beste ihrer Schule das Abitur bestand.“

Gegen Kriegsende traf er seine jetzige, 1920 geborene Frau Rut, geborene Hansen, eine Norwegerin: „Wir fühlten uns stark zueinander hingezogen und blieben beieinander.“ 1948 heirateten sie in Berlin. Sohn Peter kam bei Kerzenlicht zur Welt: „Also ganz stilgemäß: ein richtiges Blockadekind.“

Sehr viel ausführlicher äußert sich Brandt dagegen über seine politische Nachkriegskarriere, und seine Formulierungen — einige Passagen sind vor

dem Druck den SPD-Stars Erler und Wehner vorgelegt worden — sind nicht frei von Kritik an der Mechanik und den Nebengeräuschen der Partei-maschinerie.

An der Jahreswende 1947/48 übernahm Brandt auf Vorschlag des Parteivorsitzenden Kurt Schumacher — „Wie viele andere fand auch ich es nicht leicht, mit ihm zusammenzuarbeiten“ — die Berliner Verbindungsstelle der SPD zu den Alliierten: „Kaum wurde bekannt, daß ich das Berliner Sekretariat übernehmen würde, begannen Intrigen. Emigranten-Tratsch lebte auf mit absurden Verdächtigungen. Da gab es auch einige, die mich bei der Parteizentrale in Hannover als ‚nicht ganz zuverlässig‘ anschwärzen wollten.“ Aber ein scharfer Brief an Schumacher — „Ich zweifle nicht daran, daß ich mich auch auf einem anderen Gebiet nützlich betätigen könnte“ — „klärte die Luft“.

1949 kam es abermals zu Spannungen. Schumacher „hatte das Gefühl, daß ich, statt die Parteileitung zu vertreten, ‚Reuters Mann‘ geworden sei. Intriganten... waren eifrig bemüht, Mißtrauen zu stiften. Reuter und ich mit ihm sollten in einen Gegensatz zum Parteichef gebracht werden“. Namen werden nicht genannt.

Sehr deutlich nennt Brandt dagegen Namen, wenn seine Kritik nicht der eigenen Partei gilt. So polemisiert er energisch gegen die Einschränkungen, die den Westberliner Abgeordneten im Bundestag das Stimmrecht nehmen: „Der Kreis um Adenauer war nur zu bereit, sich mit den alliierten Forderungen abzufinden. Man fürchtete die sozialdemokratischen Stimmen aus Berlin. So haben es uns alliierte Beamte, die es wissen mußten, gesagt... Reuter hat nie den Verdacht unterdrücken können, Adenauer sei so sehr auf seine westdeutsche Konzeption festgelegt, daß für ihn die Wiederherstellung der deutschen Einheit gefühlsmäßig und politisch keine Priorität haben könne...“

Und: „Als man Reuter 1950 von amerikanischer Seite vertraulich zu verstehen gab, die alliierten Vorbehalte zum Grundgesetz könnten vielleicht doch überwunden werden, falls von Bonn aus eine Initiative in dieser Richtung erfolgen würde, da zeigte sich der Bundeskanzler nicht bereit, einen solchen Schritt zu unternehmen.“

Dagegen hat Brandt, wie er nicht zu erwähnen vergißt, die Bonner durch schnelle Aktivität vor einer üblen Krise bewahrt — als sich während des Ungarn-Aufstandes 1956 eine demonstrierende Menge dem Brandenburger Tor näherte, dem Eingang zum Ostsektor Berlins: „Ich sprang mit Rut in ein Auto und raste hin, um das Schlimmste verhüten zu helfen.“

In der Tat gelang es ihm, die Demonstranten von der Grenze fortzuziehen. Am russischen Denkmal „forderte ich auf, trotzig die deutsche Nationalhymne zu singen. Es ist auch in politischen Situationen nützlich, sich daran zu erinnern, daß meine deutschen Landsleute ein sangesfreudiges Volk sind“.

Dergleichen propagandistisch wirksame Reminiszenzen leiten zu Formulierungen über, mit denen sich Brandt schon heute seinen Lesern als Kanzler-Kandidat empfiehlt: „Ich hatte nie auf das Amt des Berliner Bürgermeisters

aspiriert. Ich sah meine Aufgabe eher darin, als Berliner auf der Ebene der Bundesrepublik zu wirken.“

Tatsächlich hat Brandt („In Berlin hatte mein Wort Gewicht bei großen Teilen der eigenen Partei, aber nicht nur dort. In mancher Besprechung, auf mancher Kundgebung wurde ich — wie mir nicht verborgen bleiben konnte — an Ernst Reuter gemessen“) auf dem Büchermarkt den Wahlkampf eröffnet. Er läßt keinen Zweifel daran, daß, wer ihm seine Stimme gibt, damit keineswegs die von der Mehrheit der Wählerschaft noch immer gefürchtete ideologische Apparatur der Sozialdemokratie inthronisieren werde.

Brandts Lockruf: „Politik möglichst undogmatisch, möglichst praktisch, pragmatisch zu betreiben, statt uns über ideologische Differenzen und spitzfindige Interpretationen die Köpfe einzuschlagen.“

INDUSTRIE

DIREKTOREN-GEHÄLTER

Hoffmann's Schwäche

Mit verständlichem Unbehagen erwarten die Manager großer Industrie-Unternehmen den Ausgang eines Verfahrens, das derzeit beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe anhängig ist. Das Gericht soll entscheiden, ob ein Unternehmen seinen Aktionären darüber Auskunft geben muß, welche Bezüge den Vorstandsmitgliedern jährlich gezahlt werden.

Bislang ist es strenger Brauch westdeutscher Firmenverwaltungen, den Eigentümern des Unternehmens, also den Aktionären, jede detaillierte Auskunft über Manager-Gehälter zu verweigern. In den Geschäftsberichten der Gesellschaften wird lapidar die Gesamtsumme aller Vorstandsbezüge „einschließlich der Ruhegehälter für ehemalige Vorstandsmitglieder beziehungsweise deren Hinterbliebene“ pauschal



Kaufhof-Manager Casareto
Bei 700 000 Mark Gehalt 228